Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 18.—, viertelj. M. 50.— für Abholer monatl. M. 5.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 4.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 18.—, vierteljährlich M. 50.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Grund-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—. Ausländsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 50 Pf., Abend-Ausgabe 40 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.25, von auswärts M. 2.50; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14451, 14452, 14453. — Postscheckkonto 7211. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co. Leipzig.

Nr. 98 — Freitag, den 25. Februar — 1921

Das preußische Regierungsproblem

Die Verhandlungen über die etwaige Umbildung der preußischen Regierung werden von keiner Seite beeilt. Zwar wird das preußische Kabinett formell zurücktreten, aber es wird die Geschäfte vorläufig weiterführen müssen, denn vor dem Zusammentritt des preußischen Landtages, also vor dem 10. März, kann keine Entscheidung getroffen werden, weil der Landtag den Ministerpräsidenten zu wählen hat. Unverbindliche Verhandlungen werden natürlich schon jetzt gepflogen, aber die Fraktionen der Landesversammlung sind jedoch noch nicht zusammengetreten, und bevor das nicht geschehen ist, also kaum vor Anfang nächster Woche, können auch nicht einmal von Partei zu Partei bindende Beratungen abgehalten werden. Die Beratungen innerhalb der Parteien und zwischen ihnen werden natürlich vor dem 10. März zu gewissen Ergebnissen führen, d. h. die parteimäßige Zusammensetzung der Regierung wird schon vorher feststehen. Man wird sich vermutlich auch über die Zuteilung der verschiedenen Ministerien an die verschiedenen Parteien geeinigt haben, aber die Personenfragen werden noch nicht geregelt sein, denn man ist diesmal mit Recht bestrebt, die Ernennung des Ministeriums durch den Ministerpräsidenten vornehmen zu lassen, nicht einfach durch die Fraktionen. Diese haben ihre Zustimmung zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten zu geben. Sie haben also sozusagen ein Veto, aber nicht ein entscheidendes Vorschlagsrecht. Dieses Verfahren allein entspricht dem Wesen des parlamentarischen Systems.

Die Personenfragen werden natürlich wichtig sein, da z. B. bei einer Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu der Sozialdemokratie den Sozialdemokraten in Preußen Zugeständnisse zugemutet werden müssen. Sie würden nicht nur Posten freimachen müssen, sondern man würde ihnen wahrscheinlich auch nahelegen, das eine oder andere Ministerium, das sie behalten würden, mit einer anderen Persönlichkeit zu besetzen.

Aber schwieriger und jedenfalls wesentlicher als diese Fragen sind die sachlichen Vorbereitungen, die für eine dauerhafte Koalition zu treffen wären, denn es handelt sich jetzt darum, nicht nur einen Block für ein paar Wochen notdürftig zusammenzubringen, sondern klare Verhältnisse im Reich und in Preußen zu schaffen, die die Gewähr längeren Bestandes in sich trügen. Und dazu wäre notwendig, daß man sich über sachliche Fragen, wie z. B. Sozialisierung und Finanzproblem, vorher einigte.

Wie die Koalition aussehen wird, ist noch keineswegs klar. Es werden noch immer sehr verschiedene Möglichkeiten erörtert: die eine, ein Rechtsblock mit oder ohne Demokraten, erscheint, wie wir hören, auch der Deutschen Volkspartei unmöglich, nachdem auch der rechte Flügel des Zentrums erklärt hat, daß nach dem Benehmen der Deutschnationalen während dieses Wahlkampfes ein Zusammengehen mit ihnen in einer ausgesprochenen Rechtsregierung ausgeschlossen sei. Außerdem würde eine solche Regierung auch einer derartigen Opposition der gesamten Sozialdemokratie sich gegenübersehen, daß ihre Lebenszeit von vornherein nur kurz befristet wäre. Die Deutsche Volkspartei bemüht sich daher vorläufig noch um einen möglichst großen Block, der von den Deutschnationalen bis zu der Mehrheitssozialdemokratie reichen soll, aber sie ist sich natürlich über die Schwierigkeit, ja augenblickliche Unmöglichkeit klar und scheint deshalb abwarten zu wollen, ob die Londoner Verhandlungen zu einem Abbruch der dortigen Beratungen führen. In diesem äußersten Notfall würde ja vielleicht eine so weit gespannte Regierungskoalition notwendig und möglich sein.

Vorläufig erwägt man auch den Ausweg einer Minderheitskoalition für Preußen nach dem Vorbilde der bisherigen Reichsregierung. Aber das wäre nur eine Verlegenheitsmaßnahme und nur ein Behelfsmittel für den Augenblick, das nur dann in Betracht käme, wenn die Sozialdemokratie in die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nicht willigen und wenn man ihr trotzdem den Eintritt in die Koalition noch längere Zeit offen halten wollte. Eine so schmal fundierte Regierung wäre natürlich selbst vorübergehend nicht zu wünschen.

Fest steht im Augenblick nur, daß es bei der bisherigen parteilichen Zusammensetzung der Regierung im Reiche und in Preußen nicht über Mitte März hinaus bleiben wird. Die Deutsche Volkspartei hat dem Reichskanzler erklärt, daß sie aus der Reichsregierung sich zurückziehen würde, wenn keine Angleichung der preußischen Regierung durchzusetzen wäre. Damit hat sie von ihrem Standpunkt aus sehr geschickt den Hebel auf dem Boden des Reiches angesetzt, d. h. einen Druck auf die Reichsregierung ausgeübt, der hoffentlich auch auf die Sozialdemokratie in Preußen wirken wird.

Die gestern veröffentlichte Erklärung der drei Parteien der Reichsregierung, die ein gemeinsames Vorgehen bei der Regierungsbildung in Preußen beschlossen haben, bindet an sich die Landtagsfraktionen der betreffenden Parteien noch nicht. Es wäre also theoretisch denkbar, daß etwa die demokratische oder auch die Zentrumsfraktion in Preußen beschlösse, sich mit der bisherigen Kolalition für Preußen zu begnügen. Das würde aber einen schreienden Widerspruch zu der Haltung der entsprechenden Reichstagsfraktionen bedeuten, kann deshalb praktisch nicht in Frage kommen. Insofern wird diesem Beschlusse von seinen Urhebern selbst eine nicht unerhebliche materielle Bedeutung beigelegt. Allerdings war er in seiner sprachlichen Fassung sehr vorsichtig gehalten, und er hat die Reichstagsfraktionen noch auf keine bestimmte Fraktion festgelegt. E. E.

Wiederaufnahme des konsularischen Dienstes mit Amerika. Die amerikanische Regierung teilte der deutschen Regierung mit, daß sie bereit sei, den Vorschlag zur Wiederherstellung des konsularischen Dienstes zwischen den beiden Ländern wieder aufzunehmen. Sobald die neue Regierung ihr Amt angetreten habe, würde der neue Außenminister sich mit den hierzu nötigen Unterhandlungen befassen.

Das Geleitwort für die Londoner Konferenz

Eine programmatische Entschließung des Reichswirtschaftsrats

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 24. Februar.

Heute mittag gab der Reichswirtschaftsrat dem Reichsaußenminister sozusagen die letzte öffentliche Weihe mit auf den schweren Gang nach London. Es war eine ernste Kundgebung, in der Stimmung weder gedrückt noch herausfordernd, sondern fest und entschlossen, wie man sie an den ganz großen Tagen sieht, wenn es ums Letzte geht. Die möglichen Folgen einer etwaigen deutschen Ablehnung wurden mit der Ruhe festgestellt und gewürdigt, die sich einstellt, wenn der Mensch etwas Unabwendbarem gegenübersteht. Die Sitzung fand statt im Saale des alten preußischen Herrenhauses, das von geschichtlichen Erinnerungen überfüllt ist. Wenn man den Blick von dem Hauptredner, Herrn Dr. Simons, erhob, so traf er oben auf die Wandbilder mit den bekannten Berliner Denkmälern der drei berühmtesten preußisch-deutschen Herrscher, des Großen Kurfürsten, des großen Königs und des ersten deutschen Kaisers. Die ganze Umgebung paßte heute eigentümlich in die Stimmung. Die Erinnerungen, die sie heraufbeschwor, waren tröstlich und ermutigend auch für den, der nicht bedauert, daß das alte preußische Herrenhaus nicht mehr an dieser Stelle tagt. Im übrigen ist ja das Bild der Versammlung selber gegen früher erheblich geändert, seit der Zweck des Saales gewechselt hat. So waren heute die Tribünen stärker besetzt, als es früher üblich war; denn das Herrenhaus blieb dem Volke fremd. Der heutige Anlaß aber ging das ganze deutsche Volk an. Auch der Saal war ziemlich bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf der Regierungstribüne sah man den Reichsbankpräsidenten Havenstein und andere staatliche Führer des Wirtschaftslebens.

Der Minister des Aeußern sprach zuerst von den feindlichen Vorschlägen. Sein Gedankengang, wie er sich im bereits gemeldeten ersten Teile seiner Rede kundgab, ist natürlich im wesentlichen bereits bekannt; aber die Rede brachte doch im einzelnen manche neue und wirksame Wendungen. Er schloß diesen Teil seiner Ausführungen mit der Feststellung, daß, wenn die Gegner darauf bestünden, das deutsche Volk zur Fronarbeit zu zwingen, dies die Vernichtung des ehrlichen Handels in der ganzen Welt bedeuten würde. Dann ging er auf die deutschen Gegenvorschläge ein. Auf diesen Abschnitt seiner Ausführungen war man besonders gespannt, da man wußte, daß es innerhalb des Sachverständigenkreises, der mit der Ausarbeitung der deutschen Gegenvorschläge betraut war, noch nicht zu einer Einigung gekommen war. Herr Simons stellte treffend die Hoffnungen, die Frankreich und die anderen auf die deutsche Wirtschaft setzen, den Sorgen gegenüber, die sie der angeblichen Bedrohung durch die deutsche Konkurrenz entgegenbringen, und bezeichnete das Beginnen, uns als Arbeitsmaschinen zu benutzen und zugleich unseren Wettbewerb auszuschalten, als die Quadratur des Zirkels. Dann gab er ein Bild von der formalen Behandlung unserer Gegenvorschläge, wobei er darauf hinwies, daß der Oeffentlichkeit das Ergebnis der Sachverständigenberatung nach alter diplomatischer Gepflogenheit noch vorenthalten bleiben müsse, bis es den Gegnern übermittelt ist.

Herr Simons wandte sich dann gegen die Pressestimmen der Radikalen von rechts und links, die aus dem Schweigen der Regierung falsche Schlüsse ziehen und die Stellung der deutschen Abgeordneten in London erschweren können. Gegenüber diesen Machenschaften forderte er vom Volke Vertrauen in die Festigkeit der Regierung und versprach auf das bestimmteste, daß sie fest bleiben werde. Er versicherte, daß man auch in Süddeutschland die Tragweite der Folgen einer Ablehnung kenne und trotzdem nicht wankend geworden sei. Wir glauben zu wissen, daß gewisse süddeutsche Regierungen sich bereits mit den Verhaltungsmaßnahmen beschäftigt haben, die nötig werden müßten in dem äußersten Falle, daß die Besetzung des deutschen Landes mit Gewalt erweitert würde. Der Minister wies aber die Auslegung, als ginge man etwa in leichtfertiger Ablehnungsstimmung nach London, weit von sich.

Der Minister schloß mit der nochmaligen Mahnung zur Einigkeit im Innern und warnte namentlich vor unsinnigen Plänen politischer Abenteurer, die gerade jetzt Unruhe stiften möchten.

Es mußte auffallen, daß am gleichen Morgen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" eine entsprechende Warnung vor politischen Phantasereien nationalistischer und militärischer Färbung erschienen war, die nach ihrer Einleitung auf Herrn Stinnes selber, den Besitzer des Blattes, zurückgeführt werden könnte. Ob es richtig ist, wie man in gewissen Kreisen der preußischen Regierung annehmen will, daß diese Auslassung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" die Partei des Herrn Stinnes zur preußischen Regierungsbildung empfehlen sollte, möchten wir dahingestellt sein lassen.

Sitzungsbericht

(Schluß des Berichtes aus der 2. Abend-Ausgabe.)

Reichsminister Dr. Simons

sprach im weiteren Verlauf seiner Rede im Reichswirtschaftsrat die Erwartung aus, daß das Kabinett heute oder morgen über die Vorschläge der Sachverständigen für die Londoner Konferenz werde Beschluß fassen können. Sodann werde man das Ergebnis noch einmal den Sachverständigen am Freitag vorlegen. Die deutsche Oeffentlichkeit habe wohl ein Recht darauf, den Inhalt dieser Vorschläge kennen zu lernen. Dies sei aber nicht möglich, bevor der Gegner diese nicht in Händen habe. Deshalb werde am Sonnabend im Ausschuß des Reichstages den berufenen Vertretern der Parteien soweit wie möglich Kenntnis von diesen Vorschlägen gegeben werden.

Dr. Simons erklärte nach wie vor die Durchführung der Pariser Beschlüsse für unmöglich. Dabei werde die Regierung bleiben. Sodann wies er auf den Artikel der „Roten Fahne" von heute morgen hin, der aus der Nichtveröffentlichung der Gegenvorschläge den Beweis für die Annahme der Pariser Beschlüsse herleite und ihm darüber Vorwürfe des Verrates an der deutschen Arbeiterschaft mache. Dieses Mittel sei ebensowenig wie eine deutschnationale Presseäußerung in Stuttgart geeignet, im gegenwärtigen Moment die Stellung der deutschen Regierung zu stärken. Nur wenn das Vertrauen des gesamten deutschen Volkes hinter der deutschen Delegation in London stehe, dann könne sie fest bleiben und werde die Interessen des deutschen Volkes so vertreten, wie es für das Wirtschaftsleben erträglich sei.

Die Ablehnung der Pariser Beschlüsse bedeute das Inkrafttreten der in ihnen enthaltenen Sanktionen. Die Regierung sei sich durchaus bewußt, daß die Wirkung dieser Sanktionen auf das gesamte deutsche Volk und auf das deutsche Wirtschaftsleben außerordentlich schwer sein würde. Die Sanktionen drohten mit einer selbständigen Zollerhebung im besetzten Gebiet, sie drohten außerdem mit einer Unterstellung von Gebieten unter die fremde Okkupation, die durch den Vertrag von Versailles freigegeben wäre. Er wolle die Verantwortung der Regierung nicht verkleinern und wolle ausdrücklich sagen, daß sie sich nicht leichtfertig mit dem Gedanken vertraut gemacht habe, auf die Ausführung der Sanktionen rechnen zu müssen. Auf seiner Reise durch Süddeutschland habe er mit den Regierungen der Länder eingehend alle Wirkungen besprochen, die sich aus den Sanktionen ergeben könnten. Deutschland sei nach wie vor entschlossen, mitzuarbeiten an dem gemeinsamen Problem des Wiederaufbaues, es sei aber unmöglich, daß ein Volk alles das wiedergutmache, was 27 andere Völker in 5jährigem Kriege zertrümmert hätten. Man wisse, daß die Forderung dieser Wiedergutmachung im Versailler Vertrag in die Form eines Strafurteils gefaßt sei, hoffte aber, daß das Verfahren wieder aufgenommen und daß es sich erweisen werde, daß die Voraussetzungen für das Urteil unrichtig gewesen wären. Damit wären aber auch die Forderungen unrichtig und schädlich. Der Wiederaufbau sei eine gemeinsame Kulturaufgabe der ganzen Welt. Er müsse nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig erfolgen. Wenn jetzt die deutschen Vertreter nach London gingen, so schicke das deutsche Volk seine Leute vor den Feind. Man könne in London nur arbeiten, wenn die Heimat geschlossen bleibt. Auch unsere besonderen Ansprüche müßten wir deshalb in jeder Richtung zurückstellen.

Wir brauchten eine politische und wirtschaftliche Schonzeit, so daß wir nach außen hin gestärkt wären. Er warne davor, daß Arbeitskämpfe und politische Kämpfe in der nächsten Zeit ausgetragen würden. Er warne noch mehr davor, daß unbedenkliche politische Abenteurer in Deutschland ihr Spiel treiben. Er könne im Namen der Regierung sagen, daß wir derartigen Versuchen gegenüber unnachsichtlichen Widerstand leisten würden. Das deutsche Volk brauche Zeit, um aufzuatmen und sein Wirtschaftsleben wieder in Ordnung zu bringen. Dies sei die Voraussetzung für die Durchführung irgendwelcher Zusagen, die die Vertreter in London machen könnten. (Anhaltender Beifall.)

Wilhelm von Siemens:

Wir sollen 226 Milliarden Goldmark, das sind über 3 Billionen Papiermark nach heutigem Werte, bezahlen, aber man überläßt es uns, sie zu beschaffen. Bekanntlich hat Deutschland keine Goldbergwerke. Es besaß in den Kalibergwerken eine Art Goldbergwerke. Durch die Abtretung des deutschen Elsaß ist uns dieses Monopol genommen worden. Es bleibt uns nur das ungemünzte Gold der Arbeit. Die letzte Handelsbilanz vor dem Kriege wies in Deutschland eine größere Einfuhr als Ausfuhr auf. Sie war also passiv. Nur die Zahlungsbilanz war durch den Goldstrom, den die deutsche Arbeit nach Deutschland leitete, aktiv. Dieser Goldstrom ist versiegt. Der Versailler Vertrag versucht diesen Goldstrom in die Kassen der anderen zu leiten. Wie es uns möglich sein soll, unsere Ausfuhr in der gewünschten Menge zu steigern, ist unausdenkbar, aber wir müssen nicht nur mehr produzieren, sondern auch mehr absetzen. Schon die heutige geringe Produktion kann nicht abgesetzt werden, da uns unsere bisherigen Feinde überall Hemmungen entgegensetzen. Von unserer gesamten deutschen Arbeit wird heute ein Drittel zur Verzinsung der deutschen Staatsschulden gebraucht. Das deutsche Volk muß, um auch nur einen kleinen Teil der Forderungen der Entente erfüllen zu können, über sein bisheriges Arbeitsmaß hinaus täglich drei Stunden mehr arbeiten. Das ist auf die Dauer unmöglich. Obendrein verlangt man von uns, daß wir Luxuswaren einführen. Die zweite Forderung der Pariser Beschlüsse ist die Einführung eines 12prozentigen Aufschlages auf unseren gesamten Export.

Die zweite Forderung ist die Negation der ersten, und da wir das deutlicher sehen, so müssen wir annehmen, daß sie nicht vom gesunden Menschenverstand diktiert ist.

Ich will nicht schließen, ohne den Männern, die den schweren Gang nach London antreten, zuzurufen: daß Richtschnur und Ziel ihres dortigen Tuns nur der ständige Gedanke aller deutschen Völker und Mütter sein darf: „Stelle keinen Wechsel auf die Sklaverei unserer Kinder und Enkel aus!"

Reichsminister a. D. Wissell:

Die Forderungen der Entente bedingen in der Schärfe, in der sie durch die Pariser Beschlüsse formuliert worden sind, die Aufgabe aller Errungenschaften der Arbeiter, die diese in den letzten 30 Jahren in schwerem Kampfe sich erfochten haben. In erster Linie müßte der Achtstundentag fallen, aber wir lassen ihn uns nicht nehmen, auch nicht von der Entente. Wie könnte es für Deutschland noch eine Mitarbeit in der internationalen Arbeiterschutzgemeinschaft geben, wenn Deutschland einseitig zur Erfüllung der Ententeforderungen den Achtstundentag aufgeben müßte? Die einzige Folge dieses Entschlusses könnte nur sein, daß auch in den anderen Ländern die längere Arbeitszeit wieder gefordert wird, um der billigen deutschen Konkurrenz die Spitze bieten zu können. Das Motto der Pariser Beschlüsse heißt: „Laßt alle Hoffnung fahren"; demgegenüber verlangt die Arbeiterschaft Deutschlands Luft und Licht zum Leben. Die Arbeiterschaft begleitet die Reise der deutschen Vertreter nach London mit der Hoffnung, daß der Geist der Vernunft in London siegen werde. Wenn aber der Geist der Unbeugsamkeit siegen sollte, so müssen wir tragen, was uns beschieden ist. Unsere Gegenvorschläge in London müssen so lauten, daß wir in solchem Falle das Bewußtsein tragen können, alles angeboten zu haben, was in unseren Kräften steht. Wird es abgelehnt, dann bleibt nur noch eine Hoffnung auf eine spätere Zukunft, wo Recht wieder Recht sein wird.

Darauf ergriff Staatssekretär ODr. Aug. Müller das Wort. Durch längere statistische Aufzählungen über den Bedarf an Lebensmitteln, den Deutschland vor dem Kriege hatte, begründete er eingehend die Notwendigkeit, die Summe von 3,8 Milliarden zur Einfuhr für Deutschland